

# Europas tödliche Grenzen

**Asyl** Während Deutschland über einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen debattiert, rüstet die EU auf: Sie schottet den Kontinent ab, mit Satelliten, Polizisten, Drohnen – und sie bezahlt die Nachbarstaaten für die heikle Arbeit der Abschreckung. *Von Maximilian Popp*

Afrikanische Flüchtlinge in Melilla auf dem Weg zum spanischen Festland



Auf den Monitoren an den Wänden blinken grüne Punkte, Linien dokumentieren den Grenzverlauf. Im 23. Stock dieses Wolkenkratzers in Warschau liegt das Lagezentrum der Festung Europa. Das Kommando hat Klaus Rösler, 59, deutscher Polizeibeamter, seit 40 Jahren im Staatsdienst. Er spricht von einem „Sturm auf die Grenzen“, von „Risikoregionen“, von „Krisenbewältigung“. Der Deutsche leitet die Einsatzabteilung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, er ist „Director of Operations Division“. Rösler vermittelt den Eindruck, seine Behörde verteidige Europa gegen einen Feind.

Die grünen Punkte kennzeichnen aufgefgriffene Flüchtlinge. Zwischen der Küste Westafrikas und den Kanarischen Inseln sind die Punkte klein und spärlich. Im türkisch-griechischen Grenzgebiet in der Ägäis verdichten sie sich. Der Seeweg zwischen Libyen und Italien erscheint als große grüne Fläche.

Rösler hat als hoher Beamter der Bundespolizei in Mazedonien gearbeitet, an der deutsch-tschechischen Grenze, am Münchner Flughafen. Im September 2008 wechselte er zu Frontex nach Warschau. Lange Zeit interessierten sich in Brüssel allenfalls Fachpolitiker für die Arbeit von Frontex. Seit 2005 baut die Agentur die Außengrenzen Europas gegen den Zustrom von Flüchtlingen aus. Doch jetzt treibt der Bürgerkrieg in Syrien Millionen Menschen in die Flucht. Und im Irak beginnt nach dem Vormarsch der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) der nächste Exodus.

Beinahe jeden Tag fischt die italienische Küstenwache im Mittelmeer verzweifelte Menschen aus seeuntüchtigen Booten. In Deutschland beantragten im Juli fast 20000 Menschen Asyl, so viel wie seit mehr als 20 Jahren nicht. Insgesamt werden in diesem Jahr wohl 200 000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik kommen.

Angesichts dieser Zahlen und der Bilder von den Booten auf dem Mittelmeer, den Zäunen und den überfüllten Aufnahmeeinrichtungen in deutschen Städten entwickelt sich die Frage nach der Grenzpolitik der EU zu einer Frage über das Wesen und die Werte Europas. Als vergangenen Oktober 387 Menschen bei einer Schiffskatastrophe vor Lampedusa ertranken, sprach die EU-Kommissarin Cecilia Malmström von einer „schrecklichen Tragödie“. Die Särge in einem Hangar des Flughafens von Lampedusa passten nicht zu dem Bild, „das wir Europäer von uns selber haben“, sagte Bundespräsident Joachim Gauck Ende Juni in Berlin. Er mahnte die EU, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Viele Bürger empfinden Mitgefühl mit jenen Menschen, die sich auf die gefährliche Reise nach Europa machen.

Doch die Politik der europäischen Regierungschefs hat sich seit dem Unglück nicht verändert. Die italienische Küstenwache und Marine haben zwar seit dem vergangenen Oktober mit der Operation „Mare Nostrum“ häufig Boote aus Seenot gerettet — und etwa 70000 Menschen auf italienischen Boden gebracht. Doch Ende August starben erneut 200 Flüchtlinge bei dem Versuch, mit einem alten Holzboot das Mittelmeer zu überqueren. Italien hat zudem angekündigt, die Rettungsoperationen zu beenden, die jeden Monat neun Millionen Euro kosten, Frontex müsse übernehmen. Nun soll die Grenzschutzagentur unter dem Namen Frontex Plus wohl wenigstens einen Teil der Aufgaben der Italiener übernehmen. Die Finanzierung ist allerdings noch nicht geklärt. Für Flüchtlinge gibt es so gut wie keine legalen Wege nach Europa. Nicht für die meisten Syrer, von denen nur wenige als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Deutschland gebracht werden, nicht für Iraker, nicht für Menschen aus afrikanischen Krisenstaaten. Wer in der EU Asyl beantragen will, muss zuvor illegal einreisen — auf Booten



### Asyl in der EU

Erst- und Folgeanträge, in Tausend

Quelle: Eurostat

### Asyl in Deutschland

Erstanträge, in Tausend

Quelle: Bamf; \* geschätzt



von Schmugglern, versteckt in Kleinbussen, mit falschen Pässen in Flugzeugen. Die EU schottet sich ab, weil sie fürchtet, andernfalls könnten mehr Menschen kommen, gerade aus ärmeren Ländern. Aber richtig ist auch, dass erst der Ausbau der EU zur Festung die Bedingungen für das Sterben an den Grenzen geschaffen hat. Viele Flüchtlinge entscheiden sich für die lebensgefährliche Route über das Mittelmeer, weil Frontex die Landwege abriegelt. Klaus Rösler koordiniert Europas Abwehr gegen die Migranten. Seit 2005 hat sich das Jahresbudget seiner Agentur von gut 6 auf knapp 90 Millionen Euro mehr als verzehnfacht. EU-Länder schicken auf Empfehlung von Frontex Polizisten und Ausrüstung in Grenzregionen. Einige Beamte aus Deutschland, Frankreich und Rumänien patrouillieren unter dem Mandat von Frontex gemeinsam an den Rändern Europas. Rösler sagt, Aufgabe von Frontex sei es, Migration zu steuern, nicht zu verhindern. Doch der Erfolg der Agentur bemisst sich danach, wie effektiv sie Europa gegen ir reguläre Einwanderer verteidigt — und damit gegen potenzielle Asylbewerber. Frontex-Mitarbeiter werten die Daten der nationalen Grenzbehörden aus, der spanischen Guardia Civil oder der griechischen Küstenwache. Sie zählen illegale Grenzübertritte, sammeln Informationen über Schleuser und Migrationsrouten. Unter der Federführung von Frontex startete die EU im vergangenen Dezember ein neues Programm zur Überwachung der Grenzen mithilfe von Drohnen und Satelliten — etwa 340 Millionen Euro gibt die Union dafür aus. Wie viele Menschen an Europas Außengrenzen sterben, diese Zahl erhebt Frontex nicht.

Eine Arbeitsgemeinschaft europäischer Journalisten ermittelte, dass es mehr als

23 000 Menschen sind, die in den vergangenen 14 Jahren auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen sind. In Griechenland berichten Flüchtlinge von Misshandlungen durch Offiziere der Küstenwache. Ungarische Gefängnisärzte verabreichen Gefangenen in den Lagern systematisch Betäubungsmittel, um sie ruhigzustellen. Marokkanische Soldaten misshandeln Migranten, die an der Grenze zu Spanien kampieren. Hilfsorganisationen haben diese Vorkommnisse dokumentiert. Frontex ist an solchen Menschenrechtsverletzungen fast nie direkt beteiligt. Aber fast alle Übergriffe geschehen im Einflussbereich der Agentur. Mit Methoden, die allem Hohn sprechen, wofür Europa steht. Spanien — Marokko. In der Nacht vor dem Sprung schläft Claude Eog kurz und traumlos. Der Wind bläst über sein Zelt aus zerrissenem Plastik hinweg. Eog erwacht um Mitternacht von dem Lärm im Lager auf dem Berg Gourougou. Flüchtlinge aus Mali, Somalia, Guinea wärmen ihre Hände über einem Feuer. Eog schlüpft in seine zerschlissene Jeans, zieht ein Hemd über den ausgemergelten Körper. Im Tal sieht er die Lichter Europas strahlen, in Melilla. Dort setzt sich, etwa zur gleichen Zeit, Leutnant Antonio Rivera an den Rechner im Centro Operativo Complejo, dem Kontrollzentrum der spanischen Guardia Civil. Neonlicht scheint von der Decke. Rivera und seine Kollegen klicken sich durch die Bilder der Überwachungskameras auf den Monitoren.

Keine zehn Kilometer trennen den Gendarm Rivera, 56 Jahre alt, Vater zweier Kinder, und Eog, 22 Jahre alt, Halbweise aus Zentralafrika — und doch eine Welt: Durch Melilla, eine spanische Enklave auf

marokkanischem Boden, verläuft die Landgrenze zwischen Afrika und Europa. Spaniens Regierung hat ab 1998 und verstärkt ab 2005 mithilfe der EU für mehr als 30 Millionen Euro ein Bollwerk an der Grenze zu Melilla errichtet: Drei Zäune, zwölf Kilometer lang, sechs Meter hoch, gesichert mit Nato-Draht, bewacht von marokkanischen Soldaten auf der einen Seite und der Guardia Civil auf der anderen, sie schotten Europa gegen Einwanderer ab. Der Wall ist zu einem Symbol der Festung Europa geworden. Dennoch gelingt es Migranten immer wieder, den Zaun zu überwinden. Fast 7000 illegale Grenzübertritte vermeldete Frontex im vergangenen Jahr für die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla sowie die Straße von Gibraltar. Auf dem Berg Gourougou im Norden Marokkos beraten Claude Eog und die anderen Flüchtlinge ihre Strategie: Zu Hunderten, so wird er später erzählen, wollen sie losziehen, die Dunkelheit nutzen, um unentdeckt von marokkanischen Soldaten den Zaun zu erreichen. Claude Eog hat in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, als Mechaniker gearbeitet. Als Rebellen vergangenen Sommer seinen Vater ermordeten, sei er geflohen, erzählt er. Schlepper schleusten ihn nach Marokko, von dort fuhr er im November in einem Kleinbus Richtung Gourougou. Laut Schätzungen der marokkanischen Regierung leben zwischen 25 000 und 40 000 Menschen ohne Papiere im Land, etwa eintausend Männer und einige wenige Frauen verstecken sich in den Wäldern am Gourougou, wo sie notdürftige Lager errichtet haben. Sie warten auf eine Gelegenheit, die Grenze nach Europa zu überwinden — manche jahrelang. Die Flüchtlinge bilden Gruppen nach Herkunftsländern: Nigerianer haben sich zusammengeschlossen, Kameruner, Malier.

An einem Mittag im Sommer hocken Männer um einen Kochtopf. In den Wäldern des Gourougou essen die Menschen Reste, die sie im Abfall der Marokkaner finden, an vielen Tagen finden sie aber nichts. Auf dem Boden liegen leere Flaschen, Dosen, Schutt. Es riecht nach verbranntem Plastik. „Das Leben im Lager ist die Hölle“, sagt Mohammed, 14 Jahre alt, aus Guinea geflohen.

Die Migranten schlafen unter Planen und Zedern. Im Winter fallen die Temperaturen am Gourougou unter den Gefrierpunkt. Kranke und Verletzte lehnen an Bäumen. Fast jede Woche suchen örtliche Sicherheitskräfte das Lager heim, brennen die Zelte der Flüchtlinge nieder und verprügeln all jene, die nicht schnell genug fliehen können, so schildern es Hilfsorganisationen vor Ort. Auch Eog wurde mehrmals vom Militär gefasst. Er behauptet, die



Frontex-Einsatzleiter Rösler: "Sturm auf die Grenzen"



**Flüchtlinge auf dem Grenzzaun in Melilla:** Methoden, die allem Hohn sprechen, wofür Europa steht

Soldaten hätten ihn mit Holzstöcken geschlagen, bespuckt und auf ihn uriniert. „Sie quälen uns wie Hunde.“

Immer wieder dachte Eog daran aufzugeben, umzukehren. Doch seine Heimat, die Zentralafrikanische Republik, ist zerfallen. Warlords und Milizen terrorisieren das Land. Beobachter vergleichen die Verhältnisse in Zentralafrika mit denen in Ruanda zu Zeiten des Genozids 1994 an den Tutsi. In Marokko zu bleiben ist auch keine Möglichkeit; hier haben Migranten aus Schwarzafrika kaum Aussicht auf Arbeit oder eine Unterkunft, sie werden wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert. „Wir wollen ein menschenwürdiges Leben führen“, sagt Eog.

Leutnant Rivera empfängt im Centro Operativo Complejo über Funk Nachrichten der marokkanischen Patrouillen. Sie haben von Spitzeln in den Lagern erfahren, dass die Migranten eine „Attacke auf den Wall“ planen. Rivera ist in Melilla aufgewachsen. Er erinnert sich noch an die Zeit vor 2005, als der Grenzübergang lediglich aus einem besseren Drahtgeflecht bestand. „Der Zaun hat unsere Stadt in ein Gefängnis verwandelt“, sagt Rivera. 600 Beamte der Guardia Civil sind in Melilla inzwischen im Einsatz.

Nächtliche Gewalttaten marokkanischer Soldaten sind von der EU nicht abgesehen.

Doch im marokkanisch-spanischen Grenzland erprobt die Union die Zukunft der Migrationskontrolle. Hier delegiert die EU die Abwehr von Migranten an Nachbarländer. Allein im Rahmen des sogenannten Meda-Programms überwies Europa zwischen den Jahren 2007 und 2010 für den Schutz der Grenze 68 Millionen Euro an Marokko. Frontex koordinierte gemeinsame Operationen spanischer und marokkanischer Sicherheitskräfte.

Die Organisation Human Rights Watch prangert in einem Bericht „exzessive Gewalt“ gegen Flüchtlinge durch spanische und marokkanische Grenzschrützer vor Melilla an. Selbst Schwangere und Kinder würden geschlagen und misshandelt. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) beendete vergangenes Jahr ihr Engagement in Marokko aus Protest gegen die „institutionalisierte Gewalt“ gegen Migranten. Zwischen 2010 und 2012 versorgte MSF 10 500 kranke oder verwundete Flüchtlinge, die teilweise Opfer der Grenzschrützer geworden waren. „Wir fanden Männer mit gebrochenen Armen, gebrochener Nase. Ein Mann war derart

schlimm verprügelt worden, dass er eine dreifache Schädelfraktur und eine Hirnblutung hatte“, erzählt eine Ärztin.

Die EU hat ihr Engagement mit Marokko trotzdem ausgebaut. Gegenwärtig verhandelt sie über ein Abkommen, nach dem die Union Menschen, die über Marokko illegal in EU-Staaten eingereist sind, auch nach Marokko abschieben könnte. In Libyen bilden deutsche Polizisten im Zuge der europäischen EUBAM-Mission Milizen zu Grenzschrützern aus, obwohl dort Flüchtlinge in Internierungslagern gefoltert worden sind, wie Human Rights Watch berichtet.

Der Vertreter der spanischen Regierung in Melilla, Abdelmalik El Barkani, Mitglied der konservativen Volkspartei von Ministerpräsident Mariano Rajoy, preist die „hervorragende Zusammenarbeit“ mit den Staaten Nordafrikas. Gewalt gehe lediglich von Migranten aus.

Die Bürger in Melilla sind müde, über Flüchtlinge zu sprechen. Am Strand liegen Touristen in der Sonne. In den Bars trinken junge Frauen Bier. Direkt neben dem Aufanglager spielen Rentner Golf.

Manche Migranten versuchen, für 3000 Euro im Boot eines Schleppers von Marokko nach Spanien zu gelangen. Eog hatte sein Geld auf dem Weg nach Marokko aufgebraucht. Ihm blieb nur, den Zaun zu



**Video:**  
**Europas tödliche Grenzen**

[spiegel.de/app362014frontex](http://spiegel.de/app362014frontex)  
oder in der App DER SPIEGEL



Lager auf dem Berg Gourougou in Marokko: „Sie quälen uns wie Hunde“

überklettern. Bei den ersten drei Versuchen rissen die Klängen des Nato-Drahts Wunden in seine Hände und Arme. Marokkanische Soldaten packten ihn noch auf der afrikanischen Seite des Zauns, er sagt, danach hätten sie ihn verprügelt und nach Algerien gebracht, weit weg von der Grenze zur EU. Er kam zurück, und dieses Mal, am 17. März, schaffte Eog es, sich unbemerkt an die Grenze zu schleichen. Er versteckte sich bis zum Einbruch der Dunkelheit in Büschen. Antonio Rivera bemerkte um Mitternacht auf seiner Kamera Bewegungen großer Gruppen. Später erfuhr er: Es waren 800 Menschen. So viele wie selten zuvor. Eog lief als einer der Ersten auf das Bollwerk zu. Flutlicht blendete seine Augen. Er krallte seine Finger in die engen Maschen des Zauns. Seine Arme und Beine schmerzten. Der Weg vor ihm war jedoch frei von Patrouillen. Er wusste: Dieses Mal würde ihm der Sprung nach Europa glücken. Zwei Monate später lehnt Eog an der Mauer des Flüchtlingsheims in Melilla. Seine Hände sind vernarbt. 120 Migranten, erzählt er, hätten es in der Nacht vom 17. auf den 18. März nach Europa geschafft.

Sie seien freudetrunken durch die Straßen von Melilla gelaufen, hätten gebrüllt: „Freiheit! Freiheit!“

Nun ist Eog in einem Lager untergebracht. Er hofft, auf das spanische Festland verlegt zu werden. Eog will weiterfliehen. Am liebsten nach Deutschland. „Ich will in Deutschland als Mechaniker arbeiten.“ Leutnant Rivera versucht unterdessen zu erklären, was im März schiefgelaufen ist. Er fährt im Geländewagen der Guardia Civil durch Melilla. Der Druck auf die Grenze sei in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, sagt Rivera. In den ersten Monaten 2014 hätten bereits mehr Flüchtlinge den Wall überwunden als im gesamten Jahr zuvor. „Wir können einzelne Migranten abschrecken, aber gegen große Gruppen sind wir machtlos.“ Sogar die Gewerkschaft der Guardia Civil protestierte gegen die scharfen Klängen am Zaun von Melilla: Ihre Beamten würden den Anblick schwer verletzter Flüchtlinge dort nicht länger ertragen. Sie fragten sich nach dem Sinn ihrer Arbeit. Die spanische Regierung hat angekündigt, weitere Millionen in den Grenzwall zu stecken. Der Zaun soll noch feinschichtiger werden, damit ihn Menschen nicht mehr überklettern können. Auf die erneut steigenden Flüchtlingszahlen reagiert Europa nach dem stets gleichen Muster: mit mehr Abschreckung. Die EU will in den kommenden sieben Jahren weitere 2,8 Milliarden Euro in einen neuen

Fonds für die innere Sicherheit investieren. Hinzu kommen die Ausgaben der einzelnen Mitgliedstaaten und Forschungsgelder zur Entwicklung von Grenztechnologie. Künftig sollen etwa Roboter mit Überwachungskameras zur Flüchtlingsabwehr eingesetzt werden. Einzelne Routen werden vorübergehend blockiert. So vermochte Frontex die Zahl illegaler Grenzübertritte zwischen der Küste Westafrikas und den Kanarischen Inseln im Zuge der „Operation Hera“ von fast 32 000 im Jahr 2006 auf nur noch 2500 im Jahr 2013 senken. Trotzdem gelangen insgesamt nicht weniger Flüchtlinge nach Europa. Die Migranten weichen auf andere, oft gefährlichere Wege aus. Griechenland — Türkei. Am 19. Januar kenterte ein Flüchtlingsboot auf dem Weg von der Türkei nach Griechenland. 12 Menschen ertranken vor den Augen der griechischen Küstenwache, Frauen und Kinder. Mindestens 7 Migranten starben bei einem ähnlichen Unglück in der Ägäis im März, 6 im April, mindestens 22 im Mai.

Rana Fida, 42, tritt auf den Balkon ihrer Flüchtlingswohnung auf der griechischen Insel Lesbos. Sie blickt auf das Meer, über das sie kam, und sagt: „Es ist ein Wunder, hier zu sein.“

Fida hat gemeinsam mit ihren zwölf Jahre alten Zwillingen Aya und Abdullah dreimal versucht, auf dem Landweg aus Syrien über die Türkei nach Europa zu fliehen: Zweimal wurden sie von bulgarischen Sicherheitskräften festgenommen und zurück in die Türkei geschleppt, einmal wurde die Familie von türkischen Polizisten aufgehalten. Beim vierten Anlauf riskierte Fida ihr Leben und das Leben ihrer Kinder: Sie stieg in das Schlauchboot eines Schleppers.

Das ist die unmittelbare Folge der Grenzsicherung durch Frontex. Bis vor Kurzem gelangten Flüchtlinge im südöstlichen Mittelmeerraum auf dem Landweg nach Europa. Auf Druck der EU riegelte Griechenland die Grenze zur Türkei jedoch ab. Die griechische Regierung zog 2012 nach dem Vorbild Melillas einen 10,5 Kilometer langen Grenzzaun am Fluss Evros, entsandte 1800 zusätzliche Polizisten, eröffnete neue Internierungslager für Migranten. Frontex investierte in den Jahren 2011 und 2012 für die „Operation Poseidon“ etwa 37 Millionen Euro zur Sicherung der griechisch-türkischen Grenze. Einige Kilometer weiter nördlich hat Bulgarien gerade mit Unterstützung der EU einen 30 Kilometer langen Metallzaun entlang eines Grenzabschnitts fertiggestellt. Die technische Aufrüstung sei Teil „eines effektiven Grenzmanagements“, heißt es bei Frontex.

Immer mehr Flüchtlinge nehmen nun die Route über das Meer. In der Ägäis kamen zwischen August 2012 und Juli 2014 mindestens 218 Menschen ums Leben. Einige von ihnen wurden nach Berichten von

Menschenrechtsorganisationen von der griechischen Küstenwache zurück aufs offene Meer getrieben, wo sie ertranken. Rana Fida, die ihren wirklichen Namen nicht nennen möchte, knetet eine Gebetskette. Sie trägt einen langen schwarzen Rock und ein Kopftuch.

Fida hat in Damaskus als Grundschullehrerin gearbeitet, ihr Mann als Manager für ein Busunternehmen. Der Bürgerkrieg hat die Familie auseinandergerissen. Die beiden ältesten Söhne flüchteten bereits zu Beginn der Gefechte 2011 vor dem Militärdienst nach Schweden und Dänemark. Fida harrte mit ihrem Mann und den Zwillingen in Damaskus aus. „Ich wollte meine Heimat nicht verlassen. Ich hoffte bis zuletzt, der Krieg würde bald zu Ende gehen“, sagt sie. Vergangenen Sommer verschleppten Schergen des Diktators Baschar al-Assad Fidas Mann. Fida floh in den Libanon und von dort weiter mit dem Flugzeug nach Istanbul.

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien sind mehr als eine Million Flüchtlinge in der Türkei angekommen. Vielleicht ein Drittel von ihnen ist in provisorischen Camps untergebracht. Sie erhalten regelmäßige Mahlzeiten, die Kinder Schulunterricht. Die meisten Neuankömmlinge sind jedoch gezwungen, ohne jede staatliche Hilfe zu überleben.

Fida hauste in Istanbul gemeinsam mit ihren Kindern in einer Einzimmerwohnung, die Bekannte ihr vermittelt hatten. Ihr Sohn Abdullah arbeitete als Laufbursche in einer Maklerfirma, um die Miete zu bezahlen. Fida wollte weiterreisen nach Europa, zu ihren Söhnen im Norden des

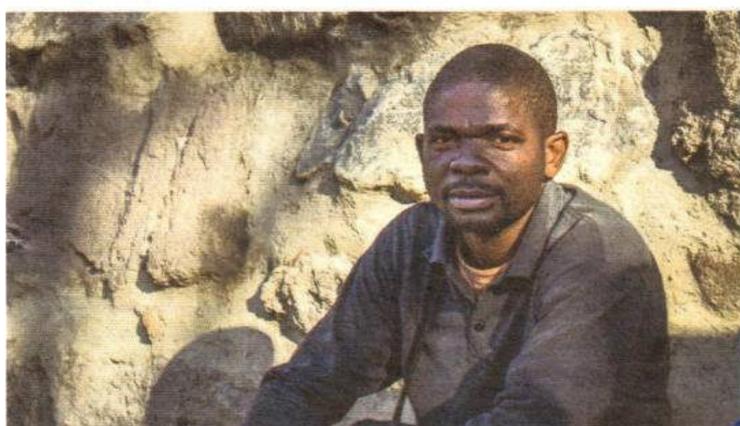
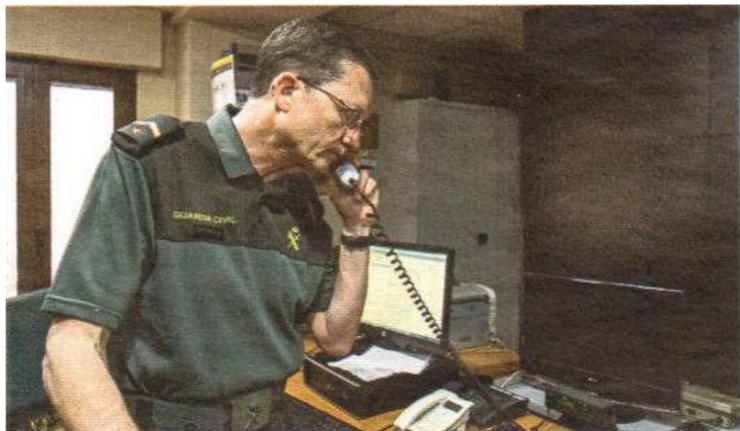
Kontinents. Ein Schlepper lotste die Familie für 800 Euro an die bulgarische Grenze. Fidas Stimme stockt, als sie von ihrer ersten Begegnung mit Europa erzählt. Gemeinsam mit zwei Dutzend Migranten irrte sie nachts durch das türkisch-bulgarische Grenzland, ihre beiden Kinder an der Hand. Hunde der bulgarischen Polizei spürten die Flüchtlinge in einem Wald auf. Fida wurde verhaftet, ihr Sohn sei von Sicherheitskräften geschlagen worden, sagt sie. Einen Tag habe die Familie auf einer Polizeistation verbracht, bis bulgarische Polizisten sie zurück in die Türkei karrten. Zwar sind die Mitgliedstaaten der EU dazu verpflichtet, die Situation jedes einzelnen Flüchtlings zu prüfen. Nationen an den Außengrenzen wie Spanien, Bulgarien oder Griechenland setzen sich jedoch immer wieder über diese Bestimmung hinweg. Sie schicken Flüchtlinge im Zuge ungesetzlicher sogenannter „Push-Back“-Operationen kurzerhand in die Nachbarländer zurück.

Nach einem halben Jahr in Istanbul und einem weiteren missglückten Versuch, über Land nach Europa zu gelangen, folgte Fida dem Rat anderer Migranten, die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer zu wagen: „Wir hatten keine andere Wahl. Wovon hätten die Kinder und ich in der Türkei leben sollen?“, sagt sie.

Menschenhändler profitieren von der Verzweiflung der Geflüchteten. Denn ohne die Hilfe von Schmugglern überwindet fast keiner von ihnen die Grenze nach Europa. Fida bezahlte 2500 Euro für die Reise nach Griechenland. Verwandte liehen ihr das Geld. Ein Schlepper sollte die Familie von Istanbul mit einem Kleinbus in den Süden schmuggeln und von dort mit einem Schlauchboot auf eine griechische Insel. Fida hinterlegte das Honorar bei einem Mittelsmann. Der Betrag sollte dem Schlepper nach ihrer Ankunft in der EU ausbezahlt werden. Beim ersten Anlauf stoppten türkische Polizisten den Wagen und nahmen den Fahrer fest. Eine Woche später gelangten die Flüchtlinge nach Izmir.

Die Stadt, 330 Kilometer südwestlich von Istanbul, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Knotenpunkt für Migranten entwickelt. Aus Izmir fahren die Busse der Schleuser an die Küste ab. Dutzende Flüchtlinge hocken an einem schwülen Sommernachmittag in den Gassen hinter dem Bahnhof Basmane. Familien aus Syrien, Männer aus dem Sudan und aus Somalia.

Faris, ein junger Syrer, erklärt, wie das Schleppergeschäft funktioniert. Er ist im Jahr 2012 vor dem Krieg aus Aleppo geflohen. Eineinhalb Jahre lang schuftete er auf einer Baustelle in der türkischen Grenzstadt Kilis. Ein Bekannter vermittelte ihn als Fahrer an ein Schleppernetzwerk



**Spanischer Gendarm Rivera,  
Flüchtling Eog  
Scharfe Klingen am Zaun**



in Izmir. „Ich wollte nie als Schleuser arbeiten. Aber ich brauche das Geld für Europa“, sagt Faris.

Banden haben das Geschäft mit Migranten in der Türkei unter sich aufgeteilt. Ihre Anführer engagieren Flüchtlinge wie Faris als Handlanger. Faris schleust Migranten gegen eine Provision von Izmir an die Küste.

Zwar hat die EU vergangenen Dezember einen Deal mit der Türkei geschlossen: Ankara soll Flüchtlinge aus der EU, die über die Türkei kamen, wieder zurücknehmen und darf dafür auf Visafreiheit für türkische Staatsbürger in Europa hoffen. Es ist ein weiterer Versuch der Union, die Flüchtlinge schon vor der Grenze aufzuhalten. Doch die türkische Polizei kontrolliert Schlepperrouten nur sporadisch, zu weitläufig ist das Gelände. Etliche Beamte, erzählt Faris, würden zudem von Menschenhändlern geschmiert. Fida und ihre Kinder erreichten nach einer Nacht in Izmir die türkische Küste. Der Schleuser setzte die Familie in einer Bucht ab und schickte sie zu einem Boot. Fida klammerte sich während der Fahrt über die Ägäis an ihren Sohn Abdullah. Wasser schwappte in das überfüllte Schlauchboot. Fida übergab sich vor Angst. Die Menschen auf dem Boot aber hatten Glück: Nach vier Stunden auf See erreichten sie unbemerkt von griechischen Patrouillen die Insel Lesbos. Die Passage zwischen der türkischen Mittelmeerküste und den griechischen Inseln hat sich in eine Kampfzone verwandelt: 24 800 Migranten versuchten laut Frontex 2013, irregulär von der Türkei, meist übers Meer, in die EU zu gelangen, so viele wie in kaum einer anderen Region. Ein Heer türkischer, griechischer und anderer europäischer Grenzschützer soll dies verhindern. Schwacher Wind weht über die Ägäis. Panagiotis Polidoras, Kapitän der griechischen Küstenwache auf der Insel Lesbos, hat Reporter eingeladen, sein Team auf einer Patrouille zu begleiten. Er möchte demonstrieren, wie gewissenhaft die Küstenwache auf Lesbos arbeitet. Sein Schnellboot gleitet über die glatte See. In der Ferne flackern die Lichter der türkischen Siedlungen.

Die Regeln für Einsätze im Grenzgebiet sind streng: Die griechische Küstenwache darf nicht in türkischem Gewässer patrouillieren. Entdeckt Polidoras ein Flüchtlingsboot auf dem Radar, verständigt er türkische Kollegen. Etliche Migranten werden auf diese Weise von der türkischen Küstenwache gestoppt, bevor sie die Seegrenze überqueren.

Flüchtlinge, die griechisches Gewässer erreichen, können laut nationalem und europäischem Recht von der griechischen Küstenwache zwar aufgehalten, jedoch

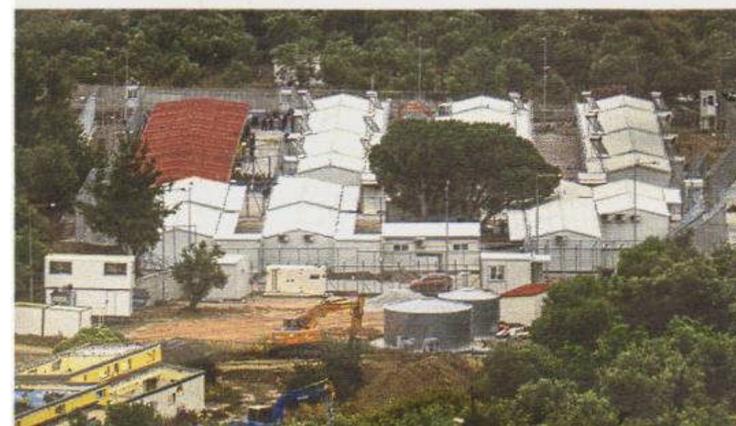
nicht in die Türkei zurückgewiesen werden. Die meisten Migranten reisen auf seeuntüchtigen Booten. Polidoras sagt, sein Team rette immer wieder Flüchtlinge vor dem Ertrinken. Menschenrechtsbeobachter werfen der griechischen Küstenwache jedoch vor, Migranten zum Teil mit brutalen Methoden abzuwehren. Mehrere Syrer berichteten vergangenes Jahr der Organisation Pro Asyl von Misshandlungen durch griechische Patrouillen.

Männer in schwarzen Uniformen mit Masken hätten Flüchtlinge auf einen Militärstützpunkt geschleppt und dort mit Holzstöcken auf sie eingeschlagen. Sie hätten die Hände der Migranten hinter deren Rücken gefesselt sowie Handys und Pässe konfisziert. „Wir dachten, wir waren in Europa und in Sicherheit“, sagte einer der Flüchtlinge. Viele Stunden lang hätten sie eingesperrt in einem fensterlosen Raum ausharren müssen. Am Abend hätten die Sicherheitskräfte die Migranten in Booten ohne Benzin zurück aufs Meer geschleppt. Türkische Patrouillen griffen die Flüchtlinge schließlich auf.

Der Chef der griechischen Küstenwache auf Lesbos, Antonios Sofiadelis, bestreitet die Vorwürfe, es handle sich höchstens um Einzelfälle. Die Schilderungen der Syrer decken sich jedoch mit den Berichten von Amnesty International und der Anwaltskammer in Izmir, die ähnliche Fälle untersucht haben. Nach Angaben von Pro Asyl wurden zwischen Oktober 2012 und September 2013 an den Land- und Seegrenzen etwa 2000 Flüchtlinge im Rahmen oft gewaltsamer Push-Back-Ein-

sätze aus Griechenland in die Türkei zurückgewiesen, völkerrechtswidrig. Im März schossen griechische Grenzschützer laut Berichten von Amnesty International sogar mit scharfer Munition auf syrische Flüchtlinge. Der griechische Parlamentsabgeordnete Konstantinos Triantafyllos glaubt, die Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis zeugten von einer grundsätzlichen Krise der europäischen Flüchtlingspolitik. Die EU mute den Ländern an ihren Rändern eine unlösbare Aufgabe zu: Sie sollen einerseits die Grenzen abschotten, andererseits Menschenleben retten — das gleiche Dilemma, vor dem auch die italienischen Behörden stehen. Griechenland hat mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen, die Bereitschaft der Regierung, Flüchtlinge aufzunehmen, ist entsprechend niedrig. Athen drängt die Küstenwache wohl nicht offen zu Push-Back-Einsätzen, geht jedoch auch nicht dagegen vor. Jeder Migrant, der von griechischen Patrouillen in der Ägäis gerettet wird, ist ein potenzieller Asylbewerber. Premier Antons Samaras versprach 2012 als Oppositionsführer, Griechenlands Städte von ebenjenen „zurückzuerobern“.

Athens ehemaliger Polizeichef forderte in einer Rede: „Wir müssen den Migranten das Leben unerträglich machen.“ Die EU fördert diesen Umgang mit Flüchtlingen. Sie überwies Griechenland in den vergangenen drei Jahren gut 12 Millionen Euro für die Versorgung von Migranten. Die Sicherung der griechischen Grenze war ihr im selben Zeitraum 228 Millionen wert.



**Küstenwachenchef Sofiadelis, Lager für Flüchtlinge auf Lesbos Aups Meer zurückgetrieben?**



**Syrische Flüchtlingsfamilie auf Lesbos:** „Es ist ein Wunder, hier zu sein“

Fida lebt nun in der Wohnung einer griechischen Hilfsorganisation auf Lesbos. Sie will zu ihren Söhnen nach Schweden ziehen und hat bei den Behörden einen Antrag auf Familienzusammenführung gestellt. Die wenigsten Migranten beantragen Asyl in Griechenland, denn die Bedingungen dort sind auch für anerkannte Flüchtlinge elend. Viele tauchen deshalb in Ländern Nord- und Mitteleuropas unter. 1997 trat das Dubliner Übereinkommen in Kraft, das die Zuständigkeit für Asylverfahren regelt: Jeder Flüchtling, der Europa erreicht, darf sich seither nur in dem Land um Asyl bewerben, das er zuerst betritt. Die Dublin-Regelung nützt Deutschland, das von EU-Ländern umgeben ist. Sie verleitet zugleich überforderte Staaten an den Außengrenzen, Flüchtlinge schlecht zu behandeln, damit diese andere Fluchtrouten wählen.

#### **Ungarn — Serbien**

Zuerst überfalle ein Schauer den Körper, erzählt Abu Naffa. Hände und Füße würden taub, die Nerven vibrierten, der Kopf schwinde. „Die Pillen töten deinen Verstand“, sagt Naffa. „Du wirst zu einem Zombie.“

Ein halbes Jahr lang war Naffa, Flüchtling aus Palästina, in einem Asylgefängnis im Norden Ungarns eingesperrt. Die Wär-

ter, sagt er, hätten den Insassen zur Beruhigung Rivotril verabreicht, ein Mittel zur Anwendung bei Epilepsie und Angstzuständen, das in Deutschland unter das Betäubungsmittelgesetz fällt. Die Pillen können schon nach kurzer Zeit abhängig machen. In Ungarn, berichtet Naffa, seien Sicherheitskräfte jeden Abend von Zelle zu Zelle gegangen und hätten Migranten genötigt, das Medikament zu schlucken. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) warnte bereits 2011, ungarische Asylwächter würden Migranten mit Drogen ruhigstellen. Der Menschenrechtsbeauftragte des ungarischen Parlaments, Máté Szabó, kritisiert, im Asylgefängnis Nyírbátor mit 922 Insassen seien innerhalb eines Jahres neben Tausenden anderen Beruhigungsmitteln 7800 Pillen Rivotril verteilt worden.

Szabó mahnt, die Zustände dort seien schlechter als in einem gewöhnlichen Gefängnis. Die Flüchtlinge schlafen auf zerschlissenen Matratzen in beengten Zellen, sind mangels Toiletten teilweise gezwungen, in Plastikflaschen zu urinieren. Migranten, die einen Arzt aufsuchen wollen oder eine Behörde, werden an einer Leine und in Handschellen durch den Ort geführt.

Abu Naffa ist 22 Jahre alt, doch er sieht aus wie ein Greis. Er hat seine Haare um

die Ohren kahl geschoren, seine Zähne sind braune Stümpfe. Naffa fährt mit seiner Hand über rosa Narben auf seinem Bauch. Er sagt, er habe im Rivotril-Entzug seine Haut mit einer Rasierklinge aufgeritzt. „Ich konnte ohne den Stoff nicht leben.“ Ungarn hat kein funktionierendes Asylsystem. Die wenigen bestehenden Einrichtungen sind überfüllt, etliche Flüchtlinge werden deshalb in ehemalige Militärbaracken oder Gemeindegebäude gesteckt, die zu Gefängnissen für Migranten umgebaut wurden. Im April waren in Ungarn mehr als 40 Prozent aller männlichen Asylsuchenden in einem Knast untergebracht. Die Gründe für Verhaftungen sind willkürlich und undurchsichtig. Migranten werden in der Regel monatelang festgehalten, ohne ein Verbrechen begangen zu haben. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kritisiert die Bedingungen in ungarischen Asylgefängnissen als „unmenschlich und erniedrigend“.

Mehrere Dutzend Demonstranten haben sich an einem Samstag im Mai vor dem Asylgefängnis Debrecen an der ungarisch-rumänischen Grenze versammelt. Sie sind mit einem Bus aus Budapest angereist, um gegen den Umgang ihrer Regierung mit Flüchtlingen zu protestieren. Auf dem Zufahrtsweg haben Anhänger der rechtsextremen Partei Jobbik Stellung

bezogen. Sie tragen Bomberjacken und Springerstiefel. Polizisten bewachen das Gelände. Abu Naffa ist an diesem Samstag erst vor wenigen Stunden aus dem Gefängnis in ein offenes Lager in Debrecen verlegt worden. Er hat sich dem Protestmarsch angeschlossen. „Die Europäer sollen wissen, was Flüchtlingen in Ungarn angetan wird“, sagt er. Als die Demonstranten das Gefängnis erreichen, stürmen Häftlinge ans Fenster. Männer aus Afghanistan, Frauen aus Syrien, Kinder. Sie winken mit weißen Handtüchern, schreien: „Rettet uns!“ Naffa ist aus Gaza-Stadt auf dem Landweg über die Türkei und den Balkan in die EU geflohen. Er sah in Palästina nach dem Schulabschluss keine Zukunft für sich, träumte von einem Leben in Frankreich oder Deutschland. Doch in der Realität griffen ihn ungarische Polizisten auf und sperrten ihn im Nordosten des Landes mit vielen anderen Migranten in ein Gefängnis. Naffa klagt, er sei von Sicherheitskräften regelmäßig misshandelt worden. Viele seiner Mitinsassen seien Rivotril verfallen, manche hätten versucht, sich umzubringen. Nach internationaler Kritik hatte Ungarn ab Januar 2013 die grösste Verfolgung von Flüchtlingen abgeschafft. Als daraufhin jedoch erheblich mehr Asylsuchende ins Land kamen, führte die Regierung von Premier Victor Orbán ein halbes Jahr später ein neues Haftregime ein. Die Asylgefängnisse dienten in erster Linie der Abschreckung, sagt Julia Iván von der ungarischen Menschenrechtsorganisation Hel-

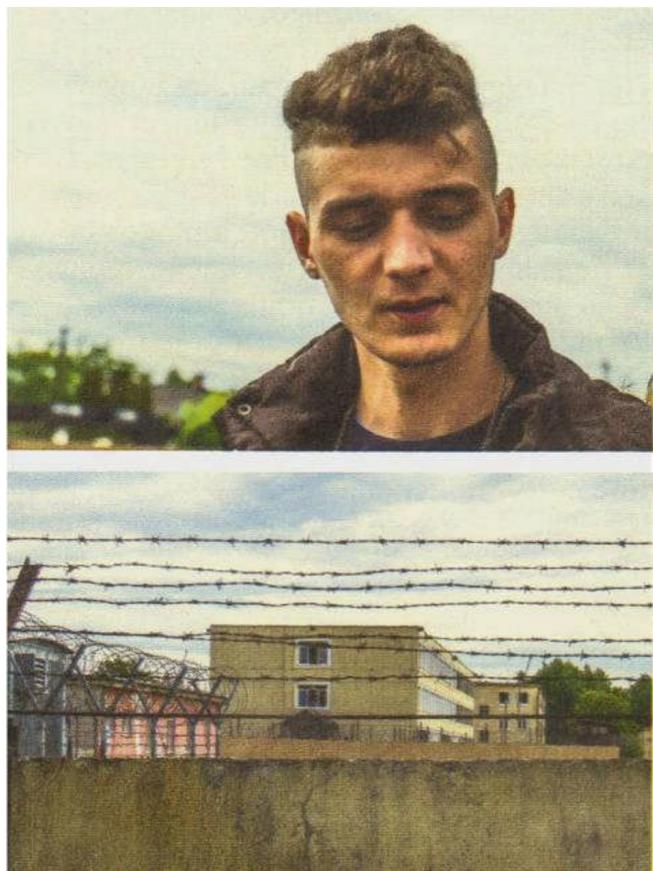
sinki-Komitee. Sie sollen Geflüchtete dazu bewegen, Ungarn zu meiden oder weiterzuwandern nach West- und Nordeuropa. Wer Ungarn nicht freiwillig verlässt, wird häufig in den Nordosten oder den Süden abgeschoben - in die Ukraine oder nach Serbien.

In Subotica, der fünftgrößten Stadt Serbiens an der Grenze zu Ungarn, haben Migranten ein Lager am Rande einer Müllhalde errichtet. Zwischenzeitlich vegetierten hier mehrere Hundert Flüchtlinge, überwiegend aus Syrien und Afghanistan, in Behausungen aus Plastikplanen und Spanplatten. Die Migranten ernähren sich von Abfällen, waschen sich in einem Tümpel. Sie warten darauf, dass Angehörige Geld schicken für die Weiterfahrt. Abu Naffa lebte vorübergehend in dem Lager in Subotica, nachdem ungarische Polizisten ihn abgeschoben hatten.

Pastor Tibor Varga fährt jede Woche zu den Flüchtlingen, verteilt Decken, Brot, Aspirin. Der Pfarrer ist einer der wenigen im Ort, die sich um die Migranten kümmern. Varga parkt seinen Wagen im Hof einer stillgelegten Ziegelfabrik, steigt durch hohes Gras, folgt den Spuren am Boden. Das Lager ist an diesem Vormittag verwaist. Kleidung liegt auf dem Boden, Telefonkarten, Kochtöpfe. Die serbische Polizei hat wenige Tage zuvor eine Razzia auf dem Gelände durchgeführt und all jene Migranten verhaftet, die nicht fliehen konnten.

Wie andere Anrainerstaaten drängt die EU auch Belgrad dazu, Flüchtlinge erst gar nicht in die Nähe der Grenze zu lassen. Serbien soll Flüchtlinge davon abhalten,

nach Ungarn zu kommen. Frontex-Polizisten patrouillieren im ungarisch-serbischen Grenzgebiet. 2008 führte die serbische Regierung ein Asylsystem ein. Seither wurde jedoch lediglich drei Menschen tatsächlich der Flüchtlingsstatus gewährt. „Kein-Flüchtling kann auf Dauer anständig in Serbien leben“, sagt Pfarrer Varga. Die meisten Migranten fliehen nach wenigen Wochen weiter nach Norden. Abu Naffa gelangte bei seinem zweiten Anlauf unbeten bis nach Österreich. Dort wurde er von Polizisten gefasst und zur Rückreise nach Ungarn gezwungen. Nun sitzt er, etwas verloren, vor dem Eingang zu den Flüchtlingscontainern. Er sagt, das offene Lager, in das er verlegt wurde, unterscheidet sich kaum von dem Gefängnis. Auch hier lebten Migranten zusammengepfercht, kontrollierten Wärter die Zellen. Naffa will nun ein drittes Mal versuchen, nach Deutschland zu kommen. „Die Polizisten können mich verhaften, sie können mich schlagen. Ich werde nicht aufgeben.“ Im vergangenen Jahr waren laut UNHCR weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht - so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Neun von zehn Migranten wurden von Entwicklungsländern aufgenommen. Im Libanon, einem Land mit gut vier Millionen Einwohnern, leben derzeit eine Million Syrer. In der EU beantragten in den vergangenen drei Jahren gerade einmal 81 015 Flüchtlinge aus Syrien Asyl. Die Einwanderung nach Europa sei im Vergleich zu Staaten wie dem Libanon verschwindend gering, sagt der UNHCR-Direktor für Internationalen Schutz, Volker Türk. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström fordert die EU-Staats- und Regierungschefs auf, mehr legale Wege für Flüchtlinge zu schaffen. Bislang ist es für Menschen aus armen Ländern beinahe unmöglich, ein Arbeitsvisum für die EU zu erhalten. Ebenso gering ist die Chance, in einem Resettlement-Programm unterzukommen, das Flüchtlinge aus akuten Krisengebieten wie Syrien oder Südsudan dauerhaft ohne bürokratisches Asylverfahren in sichere Staaten vermittelt. Das UNHCR sucht gegenwärtig für 94 000 Flüchtlinge Resettlement-Plätze. Die USA nahmen zuletzt über 50 000 solcher Umsiedler auf, die gesamte EU mehr als 5000, Deutschland 300. Es sei „eine Schande“, dass die Europäer nur so wenige Flüchtlinge aufnahmen, sagt Kommissarin Malmström. „Ich bin überzeugt, dass die EU-Mitgliedsländer viel mehr tun müssen, um den Menschen, die vor Hunger, Elend und Gewalt aus ihren Heimatländern fliehen, zu helfen.“ Die Europäische Union hat bislang ihre Grenze geschützt. Sie sollte beginnen, Menschen zu schützen.



**Flüchtling Naffa,**  
**Asylgefängnis in Debrecen**  
Mit Medikamenten ruhiggestellt

